

Kauft T-Shirts aus Kinderhand

Gegen Kinderarbeit helfen keine Boykotte, im Gegenteil: Sie verschärfen das Problem sogar

Wenn Verbraucher in den Industriestaaten gegen Kinderarbeit kämpfen, dann geht das zum Beispiel so wie im folgenden Fall, in dem Tchibo seinen Kunden anbot, T-Shirts zu bedrucken. Eine Bloggerin argwöhnte, dass die T-Shirts aus Kinderarbeit stammen, und ließ sich eines mit dem Satz liefern: "Dieses T-Shirt hat ein Kind für Tchibo genäht." Eine genauere Untersuchung zeigt jedoch, dass solche Boykott-Aufrufe wenig helfen, ja, sie fördern die Kinderarbeit am Ende sogar, wie Matthias Doepke an der Northwestern University und Fabrizio Zilibotti an der Universität Zürich ermittelt haben.

Dabei zeigen sie ganz deutlich, dass Menschen mit guten Absichten ihre Ziele oft nicht erreichen, wenn sie überstürzt handeln - sondern genau das Gegenteil. Vor allem Zilibotti ist dafür bekannt, dass er sehr genau überlegt, wie arme Länder aus der Armut kommen können. Den beiden Forschern fiel zum Thema Kinderarbeit auf: Trotz aller Boykotte müssen heute noch sehr viele Kinder Geld verdienen. In den heutigen Schwellenländern gibt es sogar mehr Kinderarbeit als in den Industrieländern, als diese auf einem vergleichbaren Entwicklungsstand waren. Dabei ist der internationale Druck inzwischen viel größer als damals. Doch Doepkes und Zilibottis Analyse zeigt: Es ist genau dieser Druck, der die Kinderarbeit am Leben hält.

Das klingt im ersten Moment reichlich paradox. Der Zusammenhang wird aber deutlich, wenn man überlegt, wer ein Interesse an der Kinderarbeit hat und wer sie gerne abschaffen würde.

Die größten Gegner der Kinderarbeit sind schlecht ausgebildete Arbeiter in den Schwellenländern. Denn ihnen sind die Kinder eine unliebsame Konkurrenz. Je weniger Kinder arbeiten, desto bessere Löhne können sich die Arbeiter erkämpfen. Tatsächlich waren es in den Industriestaaten einst die Gewerkschaften der einfachen Arbeiter, die das Verbot der Kinderarbeit erstritten.

Förderer der Kinderarbeit sind dagegen nicht nur renditeoptimierende Firmenchefs, sondern vor allem die Familien der arbeitenden Kinder. Viele arme Eltern ließen die meisten ihrer Kinder Geld verdienen, damit sie wenigstens einem oder zweien den Schulbesuch ermöglichen konnten, haben die beiden Forscher beobachtet. Wenn die Verbraucher in den Industrieländern nun Produkte aus Kinderhänden boykottieren, finden die Kinder keine Arbeit mehr in der Fabrik. Davon wird die Familie aber nicht reicher, sondern nur noch ärmer. Die Kinder müssen dann auf einem Bauernhof mitarbeiten, oft auf dem der Familie. Und weil der Familie dann Geld fehlt, müssen oft auch die beiden Schulkinder auf ihren Unterricht verzichten.

Doch der Boykott bringt nicht nur kurzfristig mehr Kinder aufs Feld. Er senkt auch innerhalb des Landes den Druck, die Kinderarbeit zu verbieten. Denn die Industriearbeiter haben plötzlich keine Konkurrenz mehr. Deshalb kämpfen sie mit weniger Energie gegen die Kinderarbeit. So kommt es, dass viele Länder keine Schulpflicht und kein Mindestalter für das Erwerbsleben durchsetzen. So sorgt der Boykott dafür, dass noch mehr Kinder arbeiten müssen.

Das macht die Kinderarbeit zum Sonderfall. Häufig ist es gerade die Globalisierung, die die Arbeitnehmerrechte in den armen Ländern fördert, wie Michael Huberman und Christopher Meissner in einer neuen Untersuchung zeigen: Eben weil reiche Länder die billige Konkurrenz aus den Schwellenländern nicht haben wollen und auf höhere Arbeitsstandards dringen, verbessern sich die Bedingungen der Arbeitnehmer dort. Wenn die Industrieländer allerdings Druck gegen die Kinderarbeit machen, verbessern sie zwar auch die Bedingungen der Arbeitnehmer in den Schwellenländern - verschlechtern aber die Lage der Kinder. Das zeigen Doepke und Zilibotti nicht nur an einem logisch schlüssigen Modell, sondern auch mittels praktischer Erfahrungen.

Die beiden Forscher haben nämlich auch einige Wege gefunden, die die Kinderarbeit tatsächlich zurückdrängen - und zwar nicht nur in der Theorie, sondern auch in der Praxis. Sehr wirksam war zum Beispiel ein Programm in Mexiko namens "Progresita". Dabei wird die Kinderarbeit nicht verboten. Stattdessen bekommen die Kinder Geld dafür, dass sie zur Schule kommen. Auf diese Weise können Eltern es sich eher leisten, auf den Verdienst der Kinder zu verzichten.

Auch Aufklärungskampagnen für kleinere Familien können helfen. Doepke und Zilibotti haben nämlich ermittelt, dass in Ländern mit Kinderarbeit die Familien oft besonders groß sind, weil Eltern mit mehr arbeitenden Kindern ein höheres Familieneinkommen erzielen können. Das Problem daran: Je mehr Kinder die Eltern haben, desto härter kämpfen sie dafür, dass sie ihre Kinder weiter arbeiten lassen dürfen.

Theoretisch könnten die Industriestaaten auch ihre Entwicklungshilfe an die Bedingung koppeln, dass die Empfängerländer die Kinderarbeit ganz verbieten, auch außerhalb der Exportwirtschaft. Doch das dürfte innerhalb des Landes schwer zu kontrollieren sein, wie Doepke und Zilibotti betonen. Den Grund dafür hat ihre Analyse vorher schon gezeigt: Je geächteter die Kinderarbeit ist, desto mehr Kinder arbeiten schwarz auf den Bauernhöfen - und gerade das kann der Staat in vielen Ländern eben kaum verhindern.

Matthias Doepke, Fabrizio Zilibotti: "Do International Labor Standards Contribute to the Persistence of the Child Labor Problem?", NBER Working Paper 15050, 2009, <http://www.nber.org/papers/w15050>

Matthias Doepke, Fabrizio Zilibotti: "Child labour: Is international activism the solution or the problem?", <http://www.voxeu.org/index.php?q=node/4075>

Michael Huberman, Christopher Meissner: "Riding the Wave of Trade: Explaining the Rise of Labour Regulation in the Golden Age of Globalisation", NBER Working Paper 15374, 2009, <http://www.nber.org/papers/w15374>

Text: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 22.11.2009, Nr. 47 / Seite 36

© F.A.Z. Electronic Media GmbH 2001 - 2009
Dies ist ein Ausdruck aus www.faz.net